

Für Toleranz, Verbundenheit und Menschenwürde – Es ist Zeit, gemeinsam eine neue Corona-Schutz-Strategie zu erarbeiten

Zwei Jahre Pandemieerfahrung, Omikron, Erfolge, Misserfolge und Nebenwirkungen durchgeführter Maßnahmen und eine neue Regierung, das alles sind gute Gründe, die vorhandene Strategie zu überarbeiten, um der Einheit unserer Gesellschaft wieder näher zu kommen.

Auf Basis dessen, was wir heute über das Infektionsgeschehen verstanden haben, halte ich eine Impfpflicht für Pflegekräfte für unangemessen. Durch diese Maßnahme wird sich die Situation im Gesundheitswesen noch weiter verschlechtern und kompetente, engagierte und hilfsbereite Menschen werden aus ihrem gewählten Beruf hinausgedrängt. Obwohl es andere, sinnvolle Wege gibt. Noch vor einem Jahr haben wir diese Menschen gefeiert! Wir sollten uns schämen.

Zudem sind nach meinen Beobachtungen unsere Kinder und Jugendlichen, unsere alten und kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie deren Angehörige durch die Nebenwirkungen der Corona-Schutzmaßnahmen in den zurückliegenden Monaten in ihrer Würde verletzt worden.

Viele Maßnahmen stehen aus meiner Sicht nicht im Verhältnis zur Gefahrenabwehr. Sie sind zu pauschal, sie schaden uns, unserem Zusammenleben und unserer Wirtschaft nachhaltig. Gemeinschaft und Verbundenheit gehen verloren, Kinder und Jugendliche erleiden psychische Schäden, Menschen sterben in Einsamkeit, wirtschaftliche Lebensgrundlagen werden vernichtet. Jede Maßnahme muss daran gemessen werden, ob diese tatsächlich erforderlich und geeignet ist, das Infektionsgeschehen zu bremsen und ob der Eingriff in die Freiheitsrechte im Verhältnis zum Nutzen steht.

Es ist daher höchste Zeit für einen Strategiewechsel.

Statt immer mehr Geld in die Umsetzung und Folgen einer Strategie zu investieren, die nicht zu den gewünschten Erfolgen führt, sollte die Regierung mutig neu denken und vorwärtsgerichtet investieren. Zum Beispiel in höhere Entgelte für Pflegerinnen und Pfleger, einen Bonus für Pflegekräfte auf Intensivstationen, den Erhalt und Wiederaufbau von Intensivbetten, die Modernisierung unserer Schulen u. a. mit neuen Fenstern und Lüftungsgeräten oder die Verteilung unentgeltlicher, qualitätsgeprüfter Schnelltests für alle Bürgerinnen und Bürger. Empfehlungen für konstruktive Maßnahmen gibt es genug.

Die Regierung muss ihre bisherige Corona-Strategie und ihre Kommunikations-Strategie überarbeiten. Ja, Corona ist eine Infektionskrankheit, die für Menschen gefährlich sein kann. Doch wir brauchen eine Strategie, durch die wir lernen, mit dieser Krankheit umzugehen, und damit lernen, gelassener mit ihr zu leben. Wir müssen endlich zugeben, dass die bisher eingeschlagenen Wege zu keinem endgültigen Ausweg führen.

Impfen hilft, ist aber für sich allein nicht die Problemlösung. Wir müssen den engen Blick auf das Infektionsgeschehen erweitern und bei allem die sozial-ökonomischen Folgen abwägen. Auch diese Folgen zeigen bereits heute gesundheitliche Auswirkungen.

Übertreibung und Verstärkung von Ängsten sind keine sinnvolle Kommunikations-Strategie. Auch Schuldzuweisungen nicht. Und sie beheben auch keine politischen Fehlentscheidungen.

Als wären beispielsweise nicht-geimpfte, aber regelmäßig getestete Personen gefährlich und schuld an der anhaltenden Pandemie.

Ich wünsche mir, dass die Politikerinnen und Politiker sowie die Medien aufhören, zu polarisieren und unsere Gesellschaft weiter zu spalten. Ich wünsche mir, dass sie vorleben, was Toleranz bedeutet: das auch beim Thema Corona kontroverse Meinungen gehört und respektiert werden. Nur auf dieser Basis finden wir als Gesellschaft zurück zu einem fruchtbaren Dialog und zu tragfähigen Problemlösungen.

Ich bitte die Medien, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, verbindend zu wirken und ausgewogen die Vielfalt der Meinungen wiederzugeben.

Ich bitte die Politikerinnen und Politiker in Verantwortung, unsere Grundrechte in ihrem Wesensgehalt nicht anzutasten und sie zu schützen.

Und ich bitte die Verwaltungsrichterinnen und -richter, die Einhaltung unserer Grundrechte einzufordern.

Als Unternehmer weiß ich, was es bedeutet, Verantwortung zu tragen, nachhaltig zu handeln sowie richtige und auch falsche Entscheidungen zu treffen.

Es ist nicht zu spät, sich wo nötig zu entschuldigen und einen neuen Weg einzuschlagen.

Es ist Zeit, gemeinsam eine neue Corona-Schutz-Strategie zu erarbeiten, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger und der Einheit unseres Landes.

gez. Hermann Butting

Knesebeck, 04.01.2022

Dies ist die persönliche Meinung von Hermann Butting (schaetze.teilen@butting.de).

Herr Butting, frei heraus: Sind Sie ein Impfgegner?

Nein überhaupt nicht. Ich selbst bin gegen Corona geimpft, übrigens auch gegen viele andere Krankheiten.

BUTTING war auch eines der ersten Unternehmen in unserer Region, das Corona-Schutzimpfungen im Betrieb und während der Arbeitszeit angeboten hat. Gleiches machen wir wieder Ende Januar. Dieses Engagement steht für uns absolut außer Frage.

Wichtig war uns dabei immer, dass es ein freiwilliges Angebot ist.

Ich bin für Freiwilligkeit und Eigenverantwortung

Was hat Sie als Unternehmer veranlasst, diese Anzeigenkampagne durchzuführen?

Ich möchte in der Retrospektive kein schlechtes Gewissen haben, weil ich geschwiegen und es mir bequem gemacht habe, obwohl da Dinge passieren, die gegen meine Werte und Überzeugungen verstoßen.

Außerdem dachte ich, es sei gut, unsere Grundrechte mal wieder zu lesen, als nur darüber zu reden.

Was konkret verstößt gegen Ihre Werte, Herr Butting?

Toleranz, Verbundenheit und ein wertschätzender Umgang sind mir sehr wichtig.

Wenn ein sehr freundlicher, höflicher Mitarbeiter mir beim Smalltalk sagt, „Herr Butting, alle Ungeimpften sind doch Vollidioten!“, dann ist das für mich die Folge der medialen Beschallung und der Kommunikation der Vorbilder, vor allem aus der Politik.

Es bedrückt mich, wie unsere Gesellschaft sich immer stärker spaltet. Wie nun schon seit mehreren Wochen in unserem Land mit den nicht geimpften Menschen umgegangen wird, wie sie nach meiner Wahrnehmung öffentlich diskreditiert und durch Maßnahmen diskriminiert werden. Wie anders Denkende pauschal verurteilt werden.

Die Impfpflicht für Pflegekräfte und die in Kürze drohenden Kündigungen für die Menschen, die vielfach einfach Angst vor einer Impfung mit einem neuartigen Impfstoff haben, haben mich nun veranlasst, etwas zu unternehmen.

Der Aufruf in Ihrer Anzeige ist ja, dass es Zeit sei, gemeinsam eine neue Corona-Schutz-Strategie zu erarbeiten. Was meinen Sie genau?

Nach zwei Jahren Pandemie haben wir viel gelernt. Wir haben gesehen, welche Maßnahmen erfolgreich waren und welche nicht und auch, welche sozial-ökonomischen Nebenwirkungen sie gehabt haben. Wir können aus anderen Ländern, die anders agiert haben, ebenfalls Lehren ableiten. Medizinisch haben wir viele Erkenntnisse gewonnen. Und dann kommt neu hinzu, dass sich seit ein paar Wochen durch Omikron das Infektionsgeschehen verändert. Auch Geimpfte infizieren sich häufiger und stecken andere an.

Nun haben wir eine neue Regierung. Ich will das 'mal mit der Geschäftsführung eines Unternehmens vergleichen:

Wenn ich eine neue Geschäftsführung berufe, dann erwarte ich, dass sie die bestehende Unternehmensstrategie hinterfragt. Insbesondere dann, wenn es neue Entwicklungen gibt und die Umsetzung der bisherigen Strategie nicht zu dem erwarteten Erfolg geführt hat.

Die neue Bundesregierung hat meiner Meinung nach jetzt die Chance und den Auftrag, die bisherige Anti-Corona-Strategie zu hinterfragen.

Eine neue Strategie müsste so gestaltet sein, dass ihre Umsetzung die Menschen in unserem Land wieder vereint. Zum Beispiel weil festgeschriebene Regeln für alle gleich gelten, egal ob geimpft oder nicht, egal ob strengere oder lockere Regeln als heute.

Haben Sie konkrete Vorschläge, die in einer Strategie berücksichtigt werden sollten?

Einen habe ich gerade genannt: einheitliche Regeln für alle, weil nur das Trennung und Ausgrenzung verhindert.

In meiner Presseerklärung habe ich einige weitere Punkte erwähnt. Zum Beispiel höhere Entgelte für Pflegerinnen und Pfleger, einen Bonus für Pflegekräfte auf Intensivstationen, den Erhalt und Wiederaufbau von Intensivbetten.

Die Modernisierung unserer Schulen wäre schon lange auf meiner Agenda. Viele unserer Schulen sind derart runtergekommen. In dem Zusammenhang könnte als erstes in neue Fenster und Lüftungsgeräte investiert werden.

Aber das sind nur helfende Maßnahmen. Das ist noch keine Strategie.

Eine erfolgversprechende Strategie entwickelt man in einem größeren Kreis, wo alle notwendigen Experten mitwirken. Wir haben bereits ähnliche Gremien auf Bundesebene. Unsere Gesellschaft ist sehr komplex und vernetzt. Wir entwickeln eine Unternehmensstrategie ja auch nicht nur mit unseren Technikern.

Eine NO-COVID-Strategie halte ich für einen Irrweg. Und auch mit einer Impfquote von 100 % besiegen wir das Virus nicht. Wir müssen lernen, in unserem Alltag damit zu leben.

Wir müssen eine Strategie entwickeln, mit der wir es schaffen, gemeinsam und in

Wertschätzung miteinander zu leben, und hoffentlich auch bald wieder gemeinsam zu feiern. ☺

Warum haben Sie gerade das Grundgesetz veröffentlicht?

Weil unser Grundgesetz Ausgrenzung und Benachteiligung verhindern will und den Bürgerinnen und Bürgern bestimmte Freiheiten garantiert. Es ist gut und wichtig, gerade für Menschen in Führungsverantwortung, sich dies regelmäßig vor Augen zu führen und sich daran auszurichten.

Ich erwähnte bereits, dass aktuell in meiner Wahrnehmung eine Bevölkerungsgruppe diskriminiert wird. Nämlich die Nicht-gegen-COVID-Geimpften.

Das widerspricht nach meinem Verständnis unserem Grundgesetz, Artikel 3, Absatz (1) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Und Absatz (3) „Niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“.

Außerdem verstößt die Impfpflicht für Pflegekräfte nach meiner Lesart gegen Artikel 12, die freie Berufswahl. Denn ein Nicht-Geimpfter kann seinen Wahlberuf nun nicht mehr ausüben, obwohl es andere Mittel und Wege gäbe, die Einrichtung, Kolleginnen und Kollegen sowie Patientinnen und Patienten zu schützen. Auf Basis dessen, dass sich auch Geimpfte infizieren und dass auch sie das Virus weitergeben, halte ich eine Impfpflicht für Pflegekräfte daher für eine unangemessene Maßnahme. Das tägliche Testen aller Pflegekräfte zum Beispiel wäre eine alternative Schutzmaßnahme.

Inwieweit wirklich Verstöße gegen das Grundgesetz vorliegen, müssen natürlich Verfassungsrichterinnen und -richter beurteilen.

Sie schreiben in Ihrer Presseerklärung auch, dass nach Ihren Beobachtungen Kinder und Jugendliche, ältere und kranke Menschen sowie deren Angehörige durch die Nebenwirkungen der Corona-Schutzmaßnahmen in ihrer Würde verletzt worden seien.

Können Sie Beispiele mit uns teilen?

Zwei Beispiele, die mich persönlich sehr stark berührt haben, kann ich erzählen:

Einer unserer pensionierten Mitarbeiter war schon länger krank und wurde zuhause von seiner Frau gepflegt. Eines Tages erlitt er einen Zusammenbruch. Zusammen mit ihrem Hausarzt entschied die Ehefrau, ihren Mann ins Krankenhaus bringen zu lassen, obwohl er wieder bei Bewusstsein war. Dann packte sie ihm seine persönlichen Sachen und wollte zu ihm ins Krankenhaus. Man ließ sie aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen nicht zu ihm. An diesem Abend ist er verstorben. Einsam und allein. Nun trägt sie einen großen Schmerz mit sich herum, weil sie in dieser Stunde nicht bei ihm sein durfte.

Das zweite Beispiel ist ähnlich: Ich hatte einen guten Freund in Stuttgart. Als er mit über 90 im Krankenhaus im Sterben lag, bin ich sofort hingefahren, um ihn zu besuchen. Ich hatte Glück, dass ich an jenem Tag der erste Besucher war, denn es

durfte ihn nur eine Person am Tag für eine halbe Stunde besuchen. Den Rest des Tages lag er allein.

Sagen Sie, ist das ein wertschätzender, menschwürdiger Umgang?

Ich denke, so passieren in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen Dinge, die dem widersprechen, was wir als Gesellschaft eigentlich wollen. Deshalb muss in diesen Bereichen neu abgewogen und es müssen mehr Ermessensspielräume gegeben und genutzt werden.

Das gilt es bei einer neuen Strategie zu berücksichtigen.

Sie fordern auch eine neue Kommunikationsstrategie. Was meinen Sie damit?

Wenn wir eine neue Unternehmensstrategie erarbeitet haben, machen wir uns auch Gedanken und legen fest, wie wir diese kommunizieren wollen. Denn es ist wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die festgelegten Ziele und den Weg dahin verstehen und nachvollziehen können. Vor allem ist wichtig, dass sie den Sinn dahinter verstehen können.

Wenn die Vertreter der Regierung nicht wollen, dass sich unsere Gesellschaft weiter spaltet, dann müssen sie aufhören, trennend zu kommunizieren. Am besten auf Basis einer Strategie, deren Ziel es ist zu verbinden. Und auf der Basis von Maßnahmen, die Gemeinschaft und Einheit wieder fördern.

Aktuell wird immer noch und immer wieder übertrieben und es werden Ängste geschürt, zuletzt mit den Prognosen vor Weihnachten. Auch in der Wortwahl: „Welle“ reicht z.B. nicht mehr aus; es muss jetzt eine „Wand“ sein.

Zu Beginn der Pandemie hatte ich für Übertreibung noch Verständnis. Die Menschen sollten wachgerufen werden, damit sie sich vernünftig verhalten.

Doch nach zwei Jahren Pandemie habe ich Null Verständnis dafür. Ich finde es höchst unprofessionell, unglaubwürdig und gefährlich.

Wir sind doch mündige, eigenverantwortliche Bürgerinnen und Bürger!

Die Menschen möchten einen gangbaren Weg aufgezeigt bekommen, den alle mit erhobenem Haupt mitgehen können.

Lesen Sie gern einmal meinen Artikel „Hoffnung“ aus dem Jahr 2010 auf unserer Homepage. Da führe ich aus, was wir damals angesichts der Wirtschaftskrise bezüglich Führungsverhalten und Kommunikation für wichtig erachtet haben. Genau das täte unserer Gesellschaft jetzt gut!!

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview mit Hermann Butting hat Andrea Kiel, Leiterin Kommunikation bei BUTTING, geführt.

Bei Fragen schreiben Sie eine Mail an andrea.kiel@butting.de